

URL: http://www.fr-online.de/in_und_ausland/wirtschaft/aktuell/?em_cnt=1282911

Geringverdiener

Niedriglohn trotz Ausbildung

VON KATHARINA SPERBER

Bildung schützt vor Hungerlohn? Diese Gleichung geht nicht mehr auf. Gut drei Viertel aller Niedriglohnbeschäftigten in Deutschland haben eine abgeschlossene Berufsausbildung oder sogar einen akademischen Abschluss. Das ist eins der bedrückenden Ergebnisse einer neuen Studie des Instituts Arbeit und Qualifikation (IAQ) der Universität Duisburg-Essen, die erstmal Zahlen für 2006 vorlegt.

"Niedriglöhne haben den Kern der Beschäftigten erreicht", sagen die beiden Autoren der Studie, Claudia Weinkopf und Thorsten Kalina. Die hohe Zahl Ausgebildeter unter den Geringverdienern sei "umso gravierender, als die Chance, aus einem Niedriglohnjob in besser bezahlte Beschäftigung zu kommen, hierzulande besonders gering ist".

Im Vergleich zu Dänemark, Frankreich und den Niederlanden hat Deutschland inzwischen den höchsten Niedriglohnanteil. Das war nicht immer so. Aber seit 1995 ist der Anteil der Niedriglöhner an allen abhängig Beschäftigten um gut 43 Prozent gestiegen.

Nach internationalen Standards gilt ein Bruttolohn als Niedriglohn, wenn er geringer ist als zwei Drittel des nationalen Durchschnittslohns. Im Jahr 2006 arbeiteten in Deutschland 6,5 Millionen Menschen zu solchen Konditionen - das sind 22 Prozent der Beschäftigten. Wie die Studie aufzeigt, sind vor allem Minijobber, Junge, Frauen und Ausländer betroffen.

Im Durchschnitt erhielten die Geringverdiener im Jahr 2006 Bruttostundenlöhne von 7,12 Euro in West- und 5,43 Euro in Ostdeutschland. Das sei sogar etwas weniger gewesen als 2005. Etwas mehr als die Hälfte der Geringverdienender arbeitete in Teilzeit- und Minijobs, ermittelte das IAQ.

"Das Argument, dass niedrige Löhne bei Minijobs kein Problem seien, weil die Betroffenen häufig anderweitig abgesichert seien, greift zu kurz", sagen Weinkopf und Kalina, weil es sich nur auf die Minijobber selbst beziehe. Durch Minijobs, Zeitarbeit oder Auslagerung von Arbeit in Branchen ohne Tarifbindung sei aber das "gesamte Lohngefüge unter Druck geraten".

Die rot-grüne Regierung hat 2003 mit gesetzlichen Regelungen sogar die Ausweitung der Minijobs begünstigt und damit die Schleusen für Lohndumping noch weiter geöffnet.

Grundlage des IAQ-Reports sind die Daten des Sozio-ökonomischen Panels (Soep) von 2006. Das Soep ist eine Wiederholungsbefragung, die das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung alljährlich durchführt.

www.iaq.uni-due.de

[document info]
Copyright © FR-online.de 2008
Dokument erstellt am 04.02.2008 um 17:16:01 Uhr
Letzte Änderung am 04.02.2008 um 18:52:29 Uhr
Erscheinungsdatum 05.02.2008